

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer an Sonn- und Festtagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 60, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4989 v. 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Benachrichtigungen, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 29.

Freitag, den 3. Februar 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Vericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 1. Februar.

Aus dem Reichstage. Die heutige Sitzung wies in gewisser Hinsicht ein originelles Gepräge auf. Zwar die Tagesordnung war nichts weniger als originell, die aller ältesten Väter, die in jeder Session an gewissen Schwerinstagen wiederkehren, wurden heute zum 10. und so vielen Male verhandelt und angenommen und werden dann wieder in den Papierkorb des Bundesraths wandern. Aber wie meist wenn es im Reichstag interessant zugeht, handelte es sich nicht um die vorliegenden Gesetze. Die zweite Verathung des Marineetat's war eine Sozialisten-Debatte, die des Rautschouetats eine Zukunftsstaats-Debatte und heute die Verathung des Jesuitenanspruchs eine Debatte über den Zukunftsstaat. Heute aber kam eine neue Alliance in die Debatte hinein. Während sonst alles Zukunftsstaatliche von unseren Genossen kurzer Hand zurückgewiesen wird, sprach heute Genosse Webel mit der größten Frische und Ungeriertheit von dem baldigen Eintreten des Zukunftsstaates und meinte, daß der Abg. Lieber, der doch wirklich auch nicht zu den Ältesten gehört, in demselben seine Tage in Ruhe beschließen würde. Unser Genosse Webel ist nun einmal ein unverwundlicher Optimist. Sehr drastisch wirkte es auch, als Webel den Herren auf der Rechten und im Centrum, die gegen das Wahlrecht der Schweiz donnerten, zurief: Schimpfen Sie doch nicht so darüber! Wer weiß, ob Sie es eines schönen Tages nicht selbst benutzen werden! Der Antrag Rickert auf Aenderung des Wahlgesetzes, der im Wesentlichen eine bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses bezweckt, gab natürlich den Rednern von der Linken und auch des Centrums Veranlassung, die bekannten Wahlbeeinflussungen und die merkwürdige Wahlkreisgeometrie zu demonstrieren. In erster Linie war es unser Genosse Auer, der in seiner bekannten sehr ruhigen, sehr überlegenen, sehr satirischen Art alle die Ungeheuerlichkeiten aufzählte, die unsere offiziell immer noch geheime Wahl mit sich bringt. Mit wirklich prachtvoller Ironie sprach er die Hoffnung aus, daß der Herr Staatssekretär v. Posadowsky, der ja kürzlich erst erklärt hat, die Regierung werde für die Durchführung aller bestehenden Gesetze sorgen, die Annahme dieses Antrages, der ja lediglich nur die konsequente Durchführung des Wahlgesetzes bedeutet, beim Bundesrath durchgehen werde. Auer sagte das mit so ernster Miene, als ob er nicht im entferntesten glaubte, daß der Staatssekretär es mit der Durchführung der bestehenden Gesetze genau so halte, wie der französische Ministerpräsident Dupuy, der ja auch mit feierlicher Miene öffentlich erklärt, er werde der Justiz die ihr gebührende Achtung verschaffen, selbst aber sie hinterherrschaftlich lahm legt. Die meisten übrigen Redner traten selbstverständlich gleichfalls für den Antrag Rickert ein, wie es ja die Selbstachtung des Reichstags auch erheischt. Nur die Redner der Rechten, die Herren Graf Limburg-Stirum und Freiherr von Stumm, entblüdeten sich nicht, der offensiblen Wahlfälschung das Wort zu reden; natürlich: zu ihren Gunsten geschieht dieselbe ja. Aber sie hätten wenigstens das Decorum wahren und schweigen sollen. Sie wissen ja doch, daß die Regierung von selbst schon dafür sorgen wird, daß aus dem Antrage nichts wird. Auch heute waren sämtliche Regierungspöläe leer. Die Vertreter der Regierung hatten es überhaupt nicht mehr für nöthig, bei Anträgen, die nur vom Parlamente ausgehen, Rede und Antwort zu stehen. Ob man so etwas auch in constitutionellen Staaten dulden würde?

23. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Niemand. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Antrages von Stumm (C.) betr. Aufhebung des Jesuitengesetzes und die Anträge Limburg-Stirum (R.) u. Rickert (Fg.), die nur die Aufhebung des Internirungs- und Expatriirungsparagraphen des Jesuitengesetzes verlangen.

Schäbler (C.) fordert den Bundesrath auf, den Antrag nun endlich zum Gesetz zu erheben. Rickert (Fg.) hält die Aeußerung Dr. Liebers, während der letzten Verathung, daß die Schweiz ein Land sei, in dem Königs- und Frauenmörder frei umherlaufen, bei den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz für wenig angebracht. Dr. Lieber (C.) findet, daß derartige Empfindlichkeiten auf

die freie Meinungsäußerung im deutschen Reichstage keinen Einbruch machen dürfen.

Limburg-Stirum (R.) stimmt mit dem Vordredner überein. In einem auswärtigen Parlament würde es Niemandem einfallen, sich der Kritik deutscher Zustände mit Rücksicht auf das freundschaftliche Verhältniß seines Landes zu Deutschland zu enthalten.

Webel (ZD): Ich bitte Sie, doch die Kirche beim Dorf zu lassen. Nachdem sogar das österreichische Kaiserhaus der großartigen Theilnahme der Schweizer gegenüber seine volle Anerkennung ausgesprochen hat, mußte Herr Lieber's Aeußerung in der Schweiz Verwirrung erregen.

Rickert (Fg.): Ich hielt es für meine Pflicht im nationalen Interesse, Herrn Dr. Lieber Gelegenheit zu geben, seinen banalsten Worten eine Interpretation zu geben, die ihnen die verlegende Schärfe nimmt.

Sattler (R.) hält es für die Pflicht jedes Abgeordneten, über die Angelegenheiten auswärtiger Staaten möglichst wenig zu reden. Er hat die Aeußerung des Herrn Dr. Lieber nicht tragisch genommen.

Webel (ZD): Kein Schweizer Blatt hat je daran gedacht, sich in die Freiheit der parlamentarischen Verhandlungen dieses Hauses zu mischen. Jedes Blatt im In- und Ausland muß aber das Recht haben, sich gegen derartige Aeußerungen zu verwehren. (Sehr richtig! links.) Herr Dr. Lieber hat es vor gar nicht langer Zeit freudig begrüßt, daß die vaterländische Presse die Verleumdungen seiner Presse unterdrückte. (Sehr gut! links.) Einst herrschte in der Schweiz ein so weitgehendes Wahlrecht, daß Königs- und Frauenmörder, sofern sie nur politische Motive hatten, dort eine Freistätte fanden; heute ist das nur noch in England der Fall. Also auch hierin sind die Aufschuldigungen des Herrn Dr. Lieber gegen die Schweiz nicht berechtigt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nach einer kurzen Entgegnung des Dr. Lieber schließt die Generaldiskussion.

Der Antrag von Posadowsky wird gegen die Stimmen der Rechten und der Mehrheit der Nationalliberalen angenommen; die Anträge Limburg-Stirum und Rickert auch. Hierauf wird der Antrag von Posadowsky, Müsch-Fischer betreffend Aenderung des Posttarifs in dritter Lesung in Gesamtmitbestimmung einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Verathung des Antrages Rickert (Fg.) auf Aenderung des Wahlgesetzes. Derselbe bewirkt eine gleichmäßige Einteilung der Wahlbezirke und die Sicherung des Wahlgeheimnisses durch Couverts für den Stimmzettel oder durch Abgabe der Stimmzettel in einem abgeschlossenen Raum.

Rickert (Fg.) bittet um Annahme des Antrages und zeigt drei Zettel von ganz verschiedener Größe für die einzelnen politischen Kandidaten zum Beweise dafür, wie das Wahlgeheimnis jetzt durchbrochen wird.

Frhr. von Stumm (Rp.) Der Antrag des Vordredners trage nur dazu bei, die Wähler noch mehr zu verheizen. Der abgeschlossene Raum sei einfach löstlich und heiße Klostelantrag im Volksmunde. Das geheime Wahlrecht halte er für einen nachtheiligen Zuwachs unseres politischen Lebens. (Hört, hört! links. Beifall rechts.)

Dr. Schäbler (Z.) Der Antrag Rickert ist ein Mittel zur lokalen Durchführung des allgemeinen gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts. Ich sehe darin nicht nur eine politische Frage, sondern auch eine Frage der moralischen Verantwortlichkeit und des politischen Anstandes. Deshalb stimmen wir für den Antrag Rickert. (Beifall.)

Wassermann (R.) Wir sind noch wie vor für den Antrag und bedauern die ablehnende Haltung der Regierung. Die Einwendungen des Abg. von Stumm sind haltlos, denn in Baden und Württemberg hat sich der Rickert'sche Vorschlag bewährt, und Niemand hat etwas Komisches dabei gefunden. Nach Annahme des Rickert'schen Antrages wird die Wahlprüfungskommission viel weniger zu thun haben. Der Antrag ändert nichts an den Prinzipien des Wahlgesetzes; deshalb können wir ihn mit gutem Gewissen annehmen.

Pöpsch (Fp.) Die zahlreichen Wahlbeeinflussungen, die in der Wahlprüfungskommission amtlich festgestellt worden sind, machen die Annahme des Antrages Rickert notwendig. Herr von Stumm hat heute wieder einmal seine Abneigung gegen das bestehende Wahlrecht offenbart; aber gerade durch die öffentliche Stimmabgabe wird die Heuchelei mehr geächtet als durch die geheime Wahl. In Bezirken, wo bei der Reichstagswahl fast nur sozialistische Stimmzettel abgegeben worden sind, wurden bei der öffentlichen Landtagswahl fast nur konservative Stimmzettel abgegeben. Wo die Heuchelei stattgehabt hat, werden Sie sich selbst beantworten können. (Heiterkeit.) Ich hoffe, daß dieser Antrag angenommen werden und wenn der Bundesrath nicht seine Zustimmung giebt, wie das Mädchen aus der Fremde, mit jedem neuen Jahre wiederkehren wird. (Beifall links.)

Auer (SD): Wenn der Wunsch des Antragstellers in Erfüllung gehen und der Antrag wie das Mädchen aus der Fremde in jedem Jahre wiederkehren wird, so würde ich wünschen, daß er auch in verbesserter Gestalt wiederkehrt. In erster Linie meine ich hiermit die Herabsetzung der Wahlrechtsgrenze von 25 auf 21 Jahre. Es ist von unserer Seite oft gesagt worden, wenn man mit 18 Jahren reif ist, einen Thron zu bestigen, dann müßte man auch reif sein zu wählen. Ich meine zwar, daß die Gesetzgeber, die die Altersgrenze für die Thronbesteigung auf 18 Jahre festsetzten, der Ansicht waren, daß zu diesem Amt weniger Einsicht und Erfahrung notwendig ist als zur Ausübung des politischen Wahlrechts. (Heiterkeit.) Ferner wäre es wünschenswert, die Forderung, die uns im Reichswahlgesetz gegeben ist, zu erfüllen, nämlich von Zeit zu Zeit eine neue Einteilung der Wahlkreise eintreten zu lassen. Die Statistiken über die Reichstagswahlen beweisen die ungeheuerlichen Unterschiede der Wählerzahlen in einzelnen Wahlkreisen. Ein Vergleich zwischen der Wählerzahl von Schaumburg-Lippe und Berlin ergibt, daß ein Wähler in Schaumburg 16 Mal so viel Rechte hat als einer in Berlin. (Hört, hört! Heiterkeit.) Außerdem müßte der Wahltag auf einen Sonntag verlegt werden, wie es in Frankreich festgesetzt ist. All diese Wünsche erfüllt der vorliegende

Antrag nicht; er beschränkt sich nur auf die Sicherung des Wahlgeheimnisses. Das soll zunächst durch Aenderung des § 4 erreicht werden, indem für die Wahlbezirke eine Minimalzahl von 125 Einwohnern vorgeschrieben wird. Weiterhin soll § 10 geändert werden; und § 11 a soll die Abgabe des Stimmzettels in einem amtlich abgestempelten, mit keinem Kennzeichen versehenen Umschlag vorschreiben. Die Zettel, die Herr Abg. Rickert hier bei Begründung seines Antrages zeigte, sind 22: 5, 13: 5,4 und 6: 4 Centimeter groß. (Hört, hört!) Diese Zahlen sind geradezu ein Hohln auf das geheime Wahlrecht. (Sehr richtig!) Aber die Verschleiertheit der Zettel beruht nicht nur auf der Größe, sie sind auch ungleich in der Farbe. Das Votum schreibt weiß vor. Aber die Ansichten darüber, was weiß ist, sind ganz verschieden. Was Herr Rickert's Forderung eines Zollraums betrifft, so hat Herr Wassermann ja berichtet, wie gut er sich bei den Landtagswahlen in Süddeutschland bewährt hat. Wer auf dem Boden des geheimen, gleichen Wahlrechts steht, muß m. E. dem Antrag zustimmen. Das deutsche Reich beruht nun einmal auf der Institution des geheimen und gleichen Wahlrechts, und es muß also mit allen nur möglichen Mitteln durchgeführt werden. Gerade das allgemeine Wahlrecht steht alle die mit dem Reich aus, die wegen des herrschenden Militarismus u. a. wenig Geschmack daran finden. Rudolf von Bennigsen hat einmal ausgesprochen: „Das deutsche Parlament mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht ist an demselben Tage geboren wie das deutsche Kaiserthum“; und ich möchte Ihnen raten, das Volk nicht vor die Frage zu stellen, was ihm werthvoller erscheint, das Parlament mit dem allgemeinen Wahlrecht oder das Kaiserthum. Herr Wassermann hat sich als Freund des allgemeinen Wahlrechts erklärt. Aber in der konservativen Presse wird das Wahlrecht ein Uebel genannt, dessen Einschränkung geboten ist. Auch sonst machen sich überall Bestrebungen zur Vereinfachung des Wahlrechts geltend. Redner führt einige Urtheile sächsischer Gerichte, überhaupt sächsische Maßnahmen als Beweise für seine Behauptungen an. In Sachsen wird überhaupt systematisch der Versuch von oben gemacht, uns Sozialdemokraten alle Wahllokale absperrig zu machen. Daß wir trotzdem noch ein paar Säle bekommen, ist den Amtshauptmannschaften sehr unangenehm. Sie haben ein neues Anstaltsmittel erdungen und ersuchende Vorschriften für die Verlamungssäle erlassen, wonach erstens in der Mitte des Saales ein 1/2 Meter breiter Gang bleiben muß, und ob sonst noch freier Raum gelassen werden muß, hängt von dem Belieben des überwachenden Beamten, also eines beliebigen Gensdarmen ab. (Hört, hört! links.) Die Säle müssen 1 1/2 Meter von einander entfernt stehen. (Heiterkeit. Hört, hört! links.) Zu eig brauchen also die sächsischen Weiber nicht zu sitzen. (Heiterkeit.) Wenn es auch nicht überall so schlimm wie in Sachsen ist, so trifft man doch auch anderwärts ähnliche Praktiken. Auf die Thaten des Danziger Werksdirektors ist schon hingewiesen worden. Der Wahlprotest aus Stolp-Launburg ist aber das umfangreichste Aktenstück, das je als Wahlanfechtung an den Reichstag gelangt ist. Er umfaßt 464 eingeschriebene Oktafsseiten. (Heiterkeit.) Hierin wird erzählt, wie die Ueberwachung der Wähler dort organisiert war. Vor der Glashür, die zum Wahllokal führte, stand der konservative Vertrauensmann mit gefalteten Stimmzetteln. Hinter der Glashür nahm der Wahlvorsteher, ein Herr v. Waffow, den Wählern die Stimmzettel ab, ohne sie an den Wahlthut treten zu lassen. Ein heimlicher Austausch der Stimmzettel war also unmöglich. Und dieselbe Praxis haben 115 Wahlbezirke! (Hört, hört! links.) Wenn in dieser ungeheuerlichen Weise Wahlbeeinflussung getrieben wird, muß Jeder, dem an der Erhaltung des Wahlrechts etwas liegt, für den Rickert'schen Antrag stimmen. Beschlüsse der Wahlprüfungskommission helfen uns da nichts. Obwohl die Wahlprüfungskommission beschlossen hat, daß für Saisonarbeiter der Arbeitsort als Wahlort gelten soll, sind sie in Leipzig doch nicht in die Wählerlisten aufgenommen worden. Unehliche Erfahrungen liegen über die Deffentlichkeit der Wahlordnung vor. Die Behörden sind zwar angewiesen worden, allen wahlberechtigten Deutschen die Anwesenheit bei der Wahlhandlung zu gestatten; aber gegen diese Vorschrift wird fortwährend verstoßen. In Schwège hat unser Wahlkomitee den Vertrauenspersonen, die es in die Wahllokale sandte, Karten vom Bürgermeister ausstellen lassen mit der Befestigung, daß Inhaber der Karte Wähler sei. Mancher wurde freilich trotz der Karte herausgeworfen. (Heiterkeit.) Das Beste kam aber noch. Dem Wahlkomitee ist jetzt eine Rechnung von 90 Mark präsentiert worden für die amtliche Stempelung der 60 Karten à 1,50 Mark. (Heiterkeit.) So etwas paßt nicht in China, sondern leider bei uns in Deutschland. Ich empfehle nochmals den Antrag Rickert zur Annahme. Sollte ihn auch die Regierung ablehnen, er wird doch so lange wiederkehren, bis er endlich zur Durchführung kommt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Werner (R.) bittet um sofortige Annahme des Rickert'schen Antrages ohne Kommissionsberatung und bedauert, daß vom Bundesrath Niemand anwesend ist. Wir sollten wirklich bei den Ministergehalten einmal Schwierigkeiten machen, dann würden die Herren schon erscheinen. Die Volkvertretung hat Anspruch darauf, daß vom Bundesrath Jemand hier ist, wenn Initiativanträge beraten werden.

v. Schelle-Wunstorf (Welfe): Die Betheiligung an den Wahlen wird nach Annahme des Rickert'schen Antrages zunehmen, denn viele Wähler enthalten sich heute der Wahl, weil sie sich abhängig und kontrollirt fühlen. Die handverwählten Nationalliberalen weigern sich beständig, die Forderung gleicher Stimmzettel für alle Parteien, die auch Herr Wassermann heute vertrat, zu erfüllen.

Ernst (Fg.): Ich bin mit Herrn v. Stumm für die öffentliche Wahl, sobald die soziale Position jedes deutschen Wählers der des Herr von Stumm entsprechen wird. Nur durch die geheime Abstimmung kommt die wahre Meinung des Volkes zum Ausdruck.

Graf Limburg-Stirum (R.): Die Mehrheit des Hauses will das Wahlrecht ändern, wir wollen es aufrecht erhalten und die Redner der Mehrheit werfen uns vor, wir wollen das Wahlrecht abschaffen. (Große Heiterkeit links.) Es ist durch nichts bewiesen, daß unser Wahlrecht kein geheimes ist. Die Angaben

Die neue Wendung der Drehschuh-Angelegenheit giebt unsern Genossen Jean Jaurès Anlaß zu einem brillant gehaltenen Artikel in der „Zeit Rev“, worin er auf den tieferliegenden Grund des Misserfolgs der Generalkommission hinweist. „Was die Reaktionen wollen, das ist, daß überhaupt kein Richterpruch erfolge, daß die Ergebnisse der Enquete dem Publikum nicht bekannt werden. Sie hoffen, wenn sie Zeit gewinnen, die Wahrheit unterdrücken zu können, entweder durch ein unvorhergesehenes Ereigniß oder durch die Ermüdung der Opposition. Wer weiß, ob nicht eine andere Weise andrängen und alle internen Angelegenheiten in den Hintergrund drängen wird? Wer weiß, ob nicht das durch alle diese Verzögerungen ermüdet Land von Neuem die Suche den Offizieren zur Abwehrung hinter verschlossenen Thüren überlassen wird? Wer weiß, ob nicht nach so langer und furchtbarer Agitation, nach dem Mißbrauch und der Verleumdung aller Gewalten, der militärische Staatsstreich die Reaktionen unterdrücken, den Eifer der empörten Genossen heftigen wird? Das ist die Rekonstruktion der Reaktion. Das ist der übertriebene Plan, den sie verfolgt. Das ist die verheerendste Intrigue, deren Werkzeug Dupuy ist. Und er wird gewarnt, sich jeden Tag mehr in diesen schlechten Part einzulassen. Wer den Generolen und den Massen ein Stückchen des Rechts anweist, der liefert ihnen Alles aus. Dadurch stellt sich dem Dupuy, ob er es wolle oder nicht, außerhalb der Republik Gleichzeitigkeit dieser Mann, der mit so langer als unklarer, lehrreicher Weisheit vorgeht und sagt, durch ein mehrwöchiges Paradoron Dazwischen, was von republikanischer Gesinnung noch blieb. Während des Prozesses die Richter, die im Begriffe sind zu entscheiden, bestreiten, weil ihr Urtheil nichtig ist, das heißt inhaltlich das Recht aufheben. Das Parlament mag wohl durch seine Abstammung ein Schiedsrichter von Geschicklichkeit schaffen. Die Regierung lehnt das Recht, das unter dem Namen des Gesetzes die besten Kräfte der Parteien sich regen und sich stoßen; die Masse zerschneidet und stößt, die Gewalt allein regiert die Gesellschaft. Am Protestariat ist es nun, sich zu schütten und zu schütten in diesem Reich. Das kann es, wenn in dem Salomonenbruch aller Gewalten und in den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft, die sich selbst zerstört und zerstört, es Konsequenz und Stärke hat. Vor Allen diesen unsere Genossen nicht erlauben; auf die Verbindung ihrer Gegner baut in die Reaktion ihre Rettung. Das Reaktoriat wird der Richter der Richter sein, indem es der Richter der ganzen Gesellschaft sein wird. Auf dem Wege, den die Richter der vernünftigen Gewalten begeben, schreitet die Revolution vorwärts.“

Trotz des neuen Streichs der Generalkommission und der öffentlichen Bedenkenhaftigkeit der Regierung verliert die revolutionäre Welle den Mut nicht. Auch die neuen Richter, meint der „Stecher“, befehlen ein Gewissen und Meditationsmittel, und wenn sie noch nicht angeklagt seien, so würden sie sich anklagen lassen durch eine Reihe unbestreitbarer Thatfachen, die nicht mehr verbunkelt werden können; nicht in der Welt werde die Wahrheit kühnen, die Wahrheit zu sein und das Recht zu werden. „Gemeinere verweigert ebenfalls nicht; „wenn die Regierung“, so schreibt er, „aus Freigebigkeit ihre Pflicht nicht thut, und zu den unerbittlichen Vergewaltigungen von Recht und Gesetz sich hergibt, dann wird Frankreich, sofern es diese Dinge überlebt, seine Pflicht thun.“ Auch der „Tempo“ meint, in letzter Linie werde das Land richten, das ja doch der Richter der Richter sei. „Wozu unser Genosse Jaurès bemerkt: „Wang richtig! Aber ein Land, in dem die Wahrheit und die Gerechtigkeit keine geschlichen Traume mehr haben; ein Land, in dem das Recht durch seine einzige Einrichtung mehr geschützt ist; ein Land, in dem die Gerechten und die Freien gewonnen sind, sich selbst zu retten und den Schrei des Gewissens in alle unzuverlässigen Munde der öffentlichen Meinung hinaus zu schreiben, ein solches Land befindet sich im Zustande der Revolution, und zwar einer Revolution, die von der Reaktion selbst und von der Regierung gemacht wird.“

Esterhazy wurde Dienstag Abend von dem Generalprokurator davon in Kenntnis gesetzt, daß sein Verhör vor der Kriminalkammer beendet sei. Das ihm zugesicherte freie Geleit werde innerhalb 24 Stunden ausbleiben. Nach Ablauf dieser Frist werde von Vertusius die gegen ihn gerichtete Untersuchung wieder aufgenommen werden. Esterhazy reiste um 9 Uhr Abends nach dem Haag ab. — **Beauregard** verlangt im „Echo de Paris“ Disziplinarmassregeln gegen gewisse Mitglieder der Kriminalkammer, die offensichtlich sich gegen die Anklage verhalten hätten. — Die Kriminalkammer des Kassationshofes verurtheilt Mittwoch den Vertusius-Kommandanten Hornmann. Die Kammer-Kommission für die Abänderung des Revisionsverfahrens beschränkte sich Dienstag darauf, die Verlesung der Aktenstücke bezüglich der von dem Präsidenten des Kassationshofes vorgenommenen Untersuchung anzuhören, sie begann Mittwoch mit der Debatte über die Wichtigkeit der einzelnen Aktenstücke. Man glaubt nicht, daß man die Arbeiten vor Freitag beenden kann. Nach einer Zeitungsmeinung aus Capenne weigerte sich Dreyfus, die Fragen der Kriminalkammer des Kassationshofes schriftlich zu beantworten und erklärte, er wolle nur in Paris sprechen.

Italien. Italien soll ein neues Vereinsgesetz erhalten. Ministerpräsident Pellouy wird demnächst in der Deputiertenkammer Gesetzentwürfe einbringen über Vereinigungen und Versammlungen an öffentlichen Orten, über die Presse, über die öffentliche Sicherheit, über die Streiks in öffentlichen Dienstbetrieben, über die eventuelle militärische Wiederwendung beurlaubter Militärpersonen in Betrieben der Eisenbahnen, Posten und Telegraphen. — Es ist selbstverständlich, daß die angekündigten Gesetzentwürfe Ausflüsse schwärzester Reaktion sein werden. In Italien giebt es z. B. nur noch „Reformen“ nach rückwärts. Inzwischen fliehen die Einwohner in Massen aus dem Lande. Noth und Elend sind zu groß. Eine italienische Gesellschaft beschäftigt deshalb, 2500 Quadratkilometer Land in Argentinien anzukaufen, um 35 000 italienische Ackerbauer einzuführen. 500 000 Francs in Gold sollen in Buenos Aires an amtlicher Stelle schon deponirt sein. — So geht das schöne und fruchtbare Land Italien rapide seinem völligen Verfall entgegen.

Amerika. Zur Vorgeschichte des spanisch-amerikanischen Krieges machte der frühere amerikanische Gesandte in Madrid Woodford einige bezeichnende Mittheilungen. Er sagte in einer Rede, die er im Newyorker „Army and navy club“ hielt: „Als die „Maine“ in Havana in die Luft flog, war weder an Bord der amerikanischen Kriegsschiffe noch in den Kriegsbepot's Pulver genug, um mit jedem Geschütz zwei Schüsse abfeuern zu können. Er wurde daher beauftragt, alle Mittel anzuwenden, um einen Bruch zwei Monate lang zu verzögern; doch würde er dies nicht möglich gemacht haben ohne die unwandelbare loyale Freundschaft Englands, dessen Ver-

treter in Madrid eine europäische Koalition gegen Amerika verhinderte.“

Darnach scheint in der amerikanischen Armeeverwaltung auch außer der Verpflegung der Leute manches faul gewesen zu sein. Das erhält auch seine Bestätigung durch das Urtheil des Kriegesgerichts gegen den Generalkommissar Egan, das auf Dienstentlassung lautete. Der Herr hatte bekanntlich den General Miles auf das Unflätigste beschimpft, weil dieser den gelieferten Proviant für ungenießbar erklärt hatte.

Lübeck und Umhergebiets.

2. Februar.

Der Bürgerausschuß erledigte gestern eine wichtige Tagesordnung, auf die wir wegen Platzmangels erst morgen näher eingehen können.

Eine öffentliche Versammlung, welche vom Fabrikarbeiter-Comitee einberufen und von über 1000 Personen besucht war, tagte gestern Abend in den „Centralhallen.“ Genossin Biehl-Samborg redete über „Moderne Lohnsklaverei“ und verstand es, durch ihre packenden, zu Herzen gehenden Ausführungen ihre Hörer derart zu fesseln und ihnen den Nutzen der modernen Arbeiterbewegung so überzeugend darzulegen, daß ihr Vortrag durch stürmischen Beifall belohnt wurde. In der sehr regen Diskussion wurden die Mißstände auf hiesigen Fabrikbetrieben zur Sprache gebracht. In ihrem Schlusswort forderte die Referentin nochmals in eindringlichen Worten zum Beitritt in die Gewerkschaften auf. Eine Reich-Anwesender entsprachen dem. Die Veranstalter der Versammlung, die auch außerordentlich von Frauen und Mädchen besucht war, können mit dem Erfolge vollauf zufrieden sein.

klappen zu! In der vorigen Woche wurden fernwärts 5 Kinder eingeführt — vom Auslande.

In den Gesellenausschuß der Maler-Zwangsgewerkschaft wurden gewählt W. Ehlers, Kölich und Muls und als Ersatzleute, Schlaup, Ohlsson und M. Liedemann, sämtlich Mitglieder des Centralverbandes der Maler.

Arbeiterrisiko. Auf der Kochischen Werft verletzte sich gestern der Arbeiter Busch durch einen Hammerschlag den Zeigefinger der rechten Hand derart, daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Schiffsverkehr im Hafen. In der vorigen Woche liefen ein: 27 Dampfer, 1 Segler, ausgegangen sind 21 Dampfer, 3 Segler, davon 7 bezw. 1 leer oder in Ballast.

Vom Tage. In Haft geriethen ein Schuhmacher, welcher sich selbst bezichtigte, in Nachen 250 Mark gestohlen zu haben, drei Bettler und ein Tennenspieler.

Dem Zwangsarbeitsbureau wurden im Januar 17 Personen wegen Betrugs überwiesen. Die Strafbauer beläuft sich auf 6 Monate (1 Person), 9 (2), 12 (1), 15 (3), 18 (2) und 24 Monate (8 Personen).

Die Heringseinfuhr betrug in der vorigen Woche 17 800 Risten.

Die Baviarbrauerei, diese große Schöpfung Lübeck'ser Kapitals auf Altonaer Boden, scheint nach recht kapitalistischen Grundrissen verwaltet werden zu sollen. In der letzten Versammlung der Hamburger Brauer berichtete das Mitglied Böllinger, er sei auf der Baviarbrauerei wegen des Arbeitsnachweises vorstellig geworden. Der Braumeister Blab habe aber keine bindende Antwort gegeben, ob er den Gesellennachweis benutzen wolle. Er müsse erst beim Verein der Brauereien vorstellig werden u. s. w. Anscheinend wird die Brauerei ihre Thätigkeit also mit einem Kampf gegen die Arbeiterorganisation und damit möglicherweise mit der gesammten Arbeiterschaft beginnen.

An den diesjährigen Bürgerchaftswahlen will sich Bürgerrechtsverein mit aller Energie beteiligen. Im „Hamb. Corr.“ wird hierzu bemerkt, es sei gewiß sehr wünschenswerth, wenn eine Vereinigung des genannten Vereins und des Vaterstädtischen Vereins erzielt würde, jedoch sei hieran wohl kaum zu denken. Na, na! Schon beim „Verfassungs“feste wurden im Verein mit dem abgekürzten Namen Stimmen für die Verbrüderung laut.

Der Sanitätsverband der freien Hilfskassen Lübeck's hielt am 27. Januar seine regelmäßige Generalversammlung im Vereinsbureau ab. Nicht vertreten war die Kasse „Thalia“. Aus dem Geschäftsbericht ist Folgendes hervorzuheben: Am Schlusse des Jahres 1898 gehörten dem Verbands 21 Kassen mit 6288 Mitgliedern an. An Honorar an den ärztlichen Verein wurden für die männlichen Mitglieder 19 502,15 Mk. gezahlt. Für Medizin mußte die Verbandskasse 8446 39 Mark vorausgeben. Der Familienversicherung gehörten am Schlusse des Jahres 1897 1938 Personen an, neu aufgenommen wurden 352, ausgeschlossen und ausgetreten sind 132, so daß am Jahreschlusse die Zahl 2148 betrug. Legitimationscheine wurden 4075 verabsolgt. An Honorar wurden hierfür an den ärztlichen Verein 12 350 07 Mark gezahlt. Der Medizinkasse gehörten am 1. Januar 1898 247 Mitglieder an, beigetreten sind 90, ausgetreten oder ausgeschlossen sind 21, so daß am Ende des Jahres 316 Mitglieder vorhanden waren. Die Einnahme betrug 1751,74 Mark, die Ausgabe 1251,88 Mk. Dem Invalidenfond zur Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder konnte auch im verflossenen Jahre durch Abhaltung einer Festlichkeit der gesammte Ueberschuß zugeführt werden. Hierdurch war der Vorstand in der Lage, allen Unterstützungsträger zu entsprechen. Das Vermögen beträgt z. Bt. 622 66 Mark. Aus dem Kassensbericht ist Folgendes zu entnehmen: Verwaltungskasse: Einnahme 71,10 Mark, Ausgabe 59,93 Mark, Familienversicherung: Einnahme 3732,30 Mark, Ausgabe 3682,42 Mk., Medizin-

kasse: Einnahme 570,85 Mark, Ausgabe 513,69 Mark, Invalidenfond: Einnahme 593,70 Mark, Ausgabe 475 Mark. In den Vorstand wurden wiedergewählt Meynenhagen als 1. Vorsitzender, Weitenborff als 1. Schriftführer, Lorenz als 2. Kassier. Zu Revisoren wurden bestimmt E. Bed, K. Mann und Callies.

Der Schiffsverkehr im hiesigen Hafen hat sich nach der vom Steuerbureau veröffentlichten Uebersicht im Jahre 1898 gegen das Vorjahr gehoben. Es liefen ein: 2888 Schiffe mit 1 579 874 Kubikmeter Raum gegen 2860 mit 1 534 586 Kubikmeter in 1897. Ausgegangen sind 2877 mit 1 578 292 Kubikmeter Raum gegen 2856 mit 1 544 570 Kubikmeter in 1897. Die Zahl der Segelschiffe hat sich vermindert, — 1098 und 990 gegen 1080 und 1074 — dagegen ist der Kubikinhalte etwas gestiegen: 329 060 und 314 763 gegen 306 102 und 309 766. Erheblich höher war die Zahl der Dampfschiffe: 1880 und 1887 gegen 1780 und 1782, der Kubikinhalte 1 250 814 und 1 263 529 gegen 1 228 484 und 1 234 814.

Vom „Freisinn“. Im Reichstage hat jüngst der Hospitant der „Frei. Volkspartei“, der in Schleswig gewählte Abgeordnete Jacobson, das Wort ergriffen, um für Arbeiterausschüsse zu plädiren, welche etwaig Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern regeln sollen. Die „Schlesw.-Holst. Volkszeitung“ erinnert diesen Freisinnsmann daran, daß er in seiner eigenen Fabrik den Ausschuß kalt geschrieben hat: „Wer das nicht will, der ist entlassen.“ Die Arbeiterfreundlichkeit der Freisinnigen steht in der That nur auf dem Papier. In der Praxis sind gerade freisinnige Fabrikanten oft die erbittertesten Feinde jeglicher Selbstständigkeit der Arbeiter. Davon können wir Lübeck'ser erbautliche Dinge erzählen.

Die übliche Staatsangehörigkeit haben im vorigen Monat 24 Personen erworben.

In Lübschen Bürger sind vom Stadt- und Landamt angenommen folgende am 25. Januar vor dem Senate vereidigte Personen: J. A. Bachmann, Reichschläger zu Travemünde, J. V. G. And, Arbeiter, J. J. A. Brahm, Weichensteller, J. J. G. Heitmann, Träger, J. J. A. Jess, Kaufmann beim Polizeiamt, J. J. Reude, Schankwirth, J. J. A. Waack, Arbeiter, C. J. J. W. Wäge, Maler, A. J. A. Müller, Schankwirth, J. J. A. Plath, Bäcker zu Schlutup, J. J. A. W. C. Schwere, Wirthschaftsbesitzer, K. J. A. Seip, Rechtsanwält, C. J. A. Simmoleit, Arbeiter, J. J. A. E. Lotte, Arbeiter, W. A. Bernheim, Versicherungsbeamter, J. J. A. Wandschneider, Träger, C. J. A. Wegner, Kaufmann, J. J. A. J. Jander, Goldschmied.

Amthliches. In das Handelsregister ist am 31. Januar eingetragen: auf Blatt 2093 die Firma: „Hans Schütt“. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Hans Schütt, Kaufmann in Lübeck. Prokurist: Heinrich Schütt. — Die Nichtthätigkeitserklärung haben abgegeben die Ehefrau des Maurers J. J. H. Jäger, D. J. E. geb. Böttger, und anlässlich ihrer bevorstehenden Verheirathung mit dem hiesigen Arbeiter J. J. Blohm die Wittwe des Arbeitmanns C. J. J. Lüth, D. C. geb. Böttger, wohnhaft in Badendorf i. H. — **Beidseitige Schenkung ihrer Habe und Güter** haben der Maurer J. C. E. Schwarze und dessen Frau G. geb. Marks hieselbst vollzogen.

Neuer Rechtsanwalt. Der frühere preussische Gerichtsassessor Onno Carl Seip ist zur Rechtsanwaltschaft bei dem hiesigen Amts- und Landgericht zugelassen, in die Rechtsanwaltsliste eingetragen, zum Notar ernannt und als solcher vereidigt worden. — **Ärzte** und **Advokaten** sind in Lübeck nachgerade in so großer Zahl vorhanden, daß man kaum begreift, woher sie alle noch die Praxis nehmen.

Von der **Gemeindeversammlung** in Albsfelde ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen J. J. H. Knickrehm der Erbpächter J. J. G. H. Aude zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Aude ist in genannter Eigenschaft vom Stadt- und Landamte bestätigt worden.

Entin. Eine **Gemeinderathssitzung** findet am Montag den 6. d. M., Nachmittags 6 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Verwaltungs-Ordnung für das Julien-Hospital, 2. Rechnungsablage.

Entin. Eine **Belohnung** von 100 Mark wird demjenigen zugesichert, welcher über den Verbleib der seit dem 9. Januar spurlos verschwundenen 15 jährigen Tochter des Landwirths Wieschhoff in Sibbersdorf Aufklärung schaffen kann.

Malente. **Arbeiterisiko**. In der vorigen Woche kam der erst eben von einer längeren Krankheit genesene Zimmerer Speth bei seiner ersten Arbeit so unglücklich zu Fall, daß er sich die Schulter arg verletzte und einen Armbruch erlitt. Speth war in sehr beträchtlicher Höhe auf einer Leiter beschäftigt, die unteren Aeste eines Baumes zu entfernen. Hierbei fiel ein Ast so unglücklich, daß die Leiter in Stücke ging und Speth stürzte. Seine Familie ist durch den Unfall natürlich in arge Bedrängniß gerathen. Die Organisation der Zimmerer, welcher Speth angehört, hat deshalb, um der größtmöglichen Noth zu wehren, eine Sammlung veranstaltet. Es sollen bereits 30 Mk. eingegangen sein, durch die einstweilen dem Schlimmsten vorgebeugt ist.

Malente. Der **Kuchen der Solidarität**. Der Maurermeister Görz hieselbst entließ am vorigen Mittwoch ohne Angabe von Gründen den Maurer Kloppe aus der Arbeit. Er meinte, er hätte sich nun schon lange genug geärgert. Da traten die Kollegen des Entlassenen vor und forderten Wiedereinstellung desselben. Der Meister fügte sich und bequeme sich auch, K. für die zwei Feiertage zu entschädigen. Bewundert meinte er, ob er denn nicht mehr alleiniger Herr auf seinem

Von sei. Nun, solange er nicht das Mittel erfindet, mit Spaziergehen und Schlafen einen Bau hochzubringen, wird er wohl auf menschliche Arbeitskraft angewiesen sein und diese so bezahlen müssen, wie ihre Verkäufer es verlangen. R. ist übrigens ein menschlicher Vertreter der Arbeiterinteressen. Ob daher der „Kerger“ des Bauherrn rühre? Wir möchten es fast annehmen.

Hamburg Eine recht ernste Differenz ist zwischen den Hamburger organisierten Schauerleuten und deren Arbeitgeber, den Stauern und Rhebern, wegen des von den Arbeitgebern eingeführten Arbeitsnachweises ausgebrochen. Die Arbeiter fürchten daß der durchaus einseitig organisierte Arbeitsnachweis ihnen ein Maßregelungs-Bureau werden dürfte. Sie bringen darauf, daß die Besonderekommission des Arbeitsnachweises, die nach dem von den Arbeitgebern ausgearbeiteten Statut aus je einem Rheber, Schiffsmakler und Steuereigentümer, also nur aus Arbeitgebern besteht, vermehrt wird um drei von den Arbeitnehmern gewählte Vertreter. In einer Extraversammlung der Organisation der Schauerleute, die von etwa 2000 Mitgliedern besucht war, ist mit 952 gegen 29 Stimmen beschloffen, den Arbeitsnachweis anzuerkennen. Die anwesenden Schauerleute der Hamburg-Amerika-Linie und die Kohlen-Altord-Schauerleute, die von der neuen In-

stitution betroffen werden durften in der Versammlung nicht mit abstimmen. Da die Steuereigentümer und der hinter ihnen stehende Arbeitgeber-Verband den Schauerleuten jedoch angedroht haben, daß vom 20. Februar nur solche Schauerleute beschäftigt werden sollen, denen Legitimationskarten vom neuen Arbeitsnachweis ausgestellt sind, und die Arbeiter nach Möglichkeit die ausgebrochenen Streitigkeiten in Wille beilegen möchten, beauftragte die Versammlung den Vorstand der Organisation, dem Verein der Steuereigentümer ein anderes Statut für den Arbeitsnachweis zu unterbreiten.

Helsburg. Röllert treibt's wieder böller. Dieser Tage sind wieder aus dem Kreise Hadersleben und aus Allen eine ganze Reihe Knechte, Mägde und Gesellen ausgewiesen. Einem Kaufmann in Hadersleben sind nicht weniger als fünf Angestellte dadurch entzogen, darunter drei Mädchen und ein Lehrling. Eine wahrhaft grandiose Politik ist, die solche Knechtstücken treibt.

r. Helms Variete, Nenterkrug. Gestern wurde die diesjährige Karneval-Saison eröffnet. Das zahlreich erschienene Publikum bewunderte den originellen Leistungen der auftretenden Künstler reichlich. Amalie Castelli, von der vorjährigen Saison vortheilhaft als Konzertsängerin bekannt, wurde bei ihrem gestrigen Auftreten

mit lebhafter Freude begrüßt. — Heute, Donnerstag: erste Vorstellung der dreifürten Sechunde durch Mad. Weston — wie wir aus auswärtigen Zeitungsberichten erfahren, eine ganz eigenartige Dressur ersten Ranges. — Am Sonntag rückt Herr. Reuber mit seiner lange vorbereiteten Tollaufgabe „Lübeck in Klauktion“ heraus, die in Verbindung mit dem reichhaltigen Programm sicher den Zirkus bis auf den letzten Platz füllen wird.

Sternschau-Bismarck.

Hamburg, 1. Februar

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugesetzt wurden 820 Stüd. Preise: Verkaufsschweine, schwere 60-61 Mk., leichte 50-52 Mk., Sauen 45-49 Mk. und Ferkel 49-51 Mk. St. 100 Mk.

Zee-Berichte.

D. „Agir“, Kapit. Zidman, ist am 1. Februar von Hangö auf hier abgegangen.
D. „Jalon“, Kapit. Klöckner, ist am 1. Februar von Rotterdam nach hier abgekommen.
D. „Blathilde“, Kapit. Schmidt, ist am 1. Februar von Rotterdam nach hier abgekommen.
D. „Solomon“, Kapit. Gröfsson, ist am 1. Febr. trotz schwerer Eisverhältnisse in Hb. angekommen.
D. „Jor“, Kapit. Giffers, ist am 31. Januar von Newcastle kommend, in Harburg angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu beauftragen und bei event. Entwürfen sich auf unser Blatt zu berufen.

Als Verlobte empfehlen sich:
Maria Fraass
Louis Klein.

Fremdlich möbliertes Zimmer sowie gute Mittagstisch
Wrange's Restaurant, Gernerstraße.

Gesucht sofort ein Bantischler.
J. Nehls, Zimmermeister.

Gesucht ein Knecht.
H. Schüss, Tornelweg.

2 Zugänger zu verk. Falkenstr. 28.



Haus-Geld An- und Verkäufe, Belegung und Anteile vermittelt streng reell.
Keinr. Soroe, Johannisstraße 66.

Folker's Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25

empfehlen gut gearbeitete Möbeln, Spiegel und Porzellanwaren, vom einfachsten bis zum elegantesten, zu billigen Preisen.

Grosse Auction!
Sonabend d. 4. Febr., Morg. 9 Uhr,
44 Beddergrube 44

soll das gesammte Wirtschaftszinventar des Herrn Otto Gennburg öffentlich meistbietend gegen Baarzahlung verkauft werden, sowie ein franz. Billard mit Zubehör, ca. 150 Wiener Stühle, 40 Eichenstühle, 5 große Pfeilerpiegel, ca. 120 Bierseidel mit und ohne Deckel, ferner Lehnstühle, Wiener Bänke, Sofas, 1 Kontortyp, 1 Pflöschgarantur, 4 Stühle, 1 Sofa mit 4 Stühlen, 12 grüne Bänke u. v. a. m.

J. C. B. Schmoel
Auctionator u. Taxator.

„Sterbefasse „Die Vertrauliche“ in Lübeck.

General-Versammlung

am Sonntag den 5. Februar 1899
pünktlich 4 Uhr Nachmittags
im Saale des Bürgervereins.

- Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht.
 2. Rechnungsablage.
 3. Entlastung des Vorstandes.
 4. Wahlen.

Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 3. Februar
Abends 8 1/2 Uhr

bei **F. Lecke, Lederstrasse 3.**
Tages-Ordnung:

1. Abrechnung.
 2. Innere Kassenangelegenheiten.
- Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Inventur-Ansverkauf zu wirklich enorm billigen Preisen.

Unterhosen und Jacken von 50 Pfg. an, Oberhemden Mk. 2.25, ein großer Posten sehr starke Zwirn-Jackets, sowie blaue Pilot und Englisch-Lederhosen von Mk. 1.00 an.

Sämtliche noch vorhandenen Waaren aus der Filiale unter Einkaufspreis.

Carl Herm. Mich. Stave

Weiter Krumbuden 4, zwischen Markt und Marienstraße. Geegründet 1821.

Fünfhausen

Zu nachstehend niedrigen Preisen offerire ich meine, der Naturbutter in Geschmack und Farbe fast gleichkommende

MARGARINE.

Marke Extra, die allerfeinste, Pfund 54 Pfg.
„ FF, feinste Tafelmargarine, „ 50 „
„ F, sehr gut, „ 45 „

Bei Bedarf in

Speck, Schinken, Schweinebarden, Carbonade, Würst etc.

hätte ich mich bestens empfohlen.

Da ich diese Artikel nur direct aus den größten Schlächtereien, resp. Exportgeschäften beziehe, bin ich in der Lage, stets das Beste zu billigsten Preisen zu liefern.

Margarine- und Fettwaaren-Special-Geschäft

der
Margarine-Fabrik „Holsatia“ Neumünster.

Dieser ausreißbare Coupon wird bei Abnahme von 2 Pfund Extra-Margarine bis zum 1. März d. Js. für 10 Pfg. in Zahlung genommen.

Lübecker

Genossenschafts-Bäckerei

G. G. m. b. H.

Ordentliche Generalversammlung

am Freitag den 3. Februar 1899

Abends 8 1/2 Uhr

in den **Central-Hallen, Dankwartsgrube.**

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1898.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrathes über die vorgenommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes vom Jahre 1898.
4. Renwahl zweier Aufsichtsrathsmittelglieder.
5. Abänderung des § 50 Abs. 6 unseres Statuts.
6. Bewilligung von Geldern für den Neu- resp. Umbau Johannisstraße 50.

An der General-Versammlung dürfen nur Mitglieder teilnehmen, die sich durch Antheilsscheine legitimiren müssen.

Der Vorstand.

NB. Vom 25. Januar bis 3. Februar d. Js. ist die Bilanz und Jahresrechnung für das Jahr 1898 zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokal der Genossenschaftsbäckerei, Löpferweg 65, ausgelegt.

Kinder-, Mädchen- u. Damen-Fußzeug, Filzschuhe, Filzpantoffeln, Brecher Arbeits- und Schaffstiefel, Holzschuhe u. s. w. u. s. w.

empfehlen billigst
Rud. Kracht, Rakeb. Allee 40.

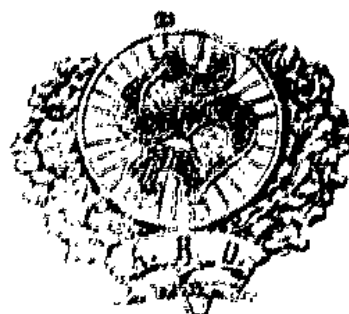
Arbeitergarderoben, Hemden, Rajen, Loden-Joppen, Hüte, Mützen, wollene Westen, Unterhosen, Patent-Jacken, Boh-Jacken, Socken, Strümpfe usw.

empfehlen billigst
Rud. Kracht, Rakeb. Allee 40.

Neu!

50-Pfennig-Laden

Langer Lohberg No. 1
empfiehlt nur 50 Pfennig-Artikel.
Geschenke zu allen Gelegenheiten.



Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.

Einladung zum

BALL

verbunden mit
Saalfahren und humorist. Vorträgen
von Herrn **Assmus Schneider**
am Sonntag den 5. Februar
im Lokale „Der neuen Vohmküche“.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg. Damen frei.
Das Fest-Comitee.

St. Jürgen-Liederfranz.

Kappen-Fest

Großes humoristisches
mit Aufführung
am Sonntag den 5. Februar 1899
im Concordia-Garten.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr. Einführung gestattet.
Der Vorstand.

Circus Varieté

Es wird furchtbar gelacht!

Heute zweites Gastspiel von

Mad. Weston

Dressirte Sechunde.

Das Non plus ultra der Dressir.

Ferner:
Emmy Leischner, die deutsche Guiltbert.
Vorleser des auf der Durchreise bestüblichen weißl.

Unikum, Miss Fatima.

Dazu:
Sämmtl. 10 urkom. Specialitäten.

Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Stadttheater in Lübeck.

Freitag den 3. Februar.
3. und letzte Gastspiel von Herrn
Max Grube.
Oberregisseur am Königl. Schauspielhaus
in Berlin.

Faust.

Tragödie in 5 Akten von W. Goethe.
Mephistopheles — Herr Max Grube a. G.
Sonabend den 4. Februar.

Das Erbe.

Schauspiel in 4 Akten von Felix Philipp.

Lübeckisch-medlenburgische Grenzstreitigkeiten.

A. K. In der „Hofstädter Zeitung“ veröffentlicht H. S. nach David Franck's Aufzeichnung Skizzen aus der vaterländischen Geschichte Mecklenburgs, deren erste wir abdrucken wollen, zumal sie angesichts der wieder in Aussicht stehenden Erneuerung der Streitigkeiten um den Dassower See augenblicklich vielleicht manchen Leser interessiert. Es heißt dort:

„Grenzstreitigkeiten waren in früherer Zeit nicht Seltenes. Oft gaben kleine Ursachen die Veranlassung zu langwierigem Zwist. Ein derartiges Beispiel bietet sich im Jahre 1505 im Westen unseres Vaterlandes in dem zwischen Mecklenburg und Lübeck ausgebrochenen Streite dar.

In jenem Jahre waren die mecklenburgischen Herzöge Heinrich der Friedfertige und Albrecht der Schöne in Köln und nahmen am Reichstage Theil, als der Kampf mit Lübeck begann.

Die Stadt Lübeck hatte in Folge ihrer Hülfe bei Herführung des „Raubnestes Dassow“ die Freiheit erhalten, an dem Meeresteg bei Dassow, im Amte Grevesmühlen und auf der Stepenitz bis nach Bützow zu fischen. Um diese, seit langer Zeit nicht mehr ausgeübte Berechtigung zu jener Zeit, in welcher die Freiheiten der Seestädte vielfach empfohlen wurden, nicht in Vergessenheit gerathen zu lassen, schickten die Lübecker einige Fischer in Begleitung eines Rathsbieners in die Gegend von Dassow. Dort trafen sie mit „3 besoffenen Bauern“ zusammen. Ein Wort gab das andere, und ehe man sich's versah, hatten sich die Lübecker und Mecklenburger in eine Schlägerei verwickelt. Erstere waren überlegen und nahmen zwei Bauern mit in ihre Stadt, wo sie dieselben gut bewirtheten.

Der dritte dagegen, welcher entkommen war, eilte sofort zu seiner Obrigkeit, der Frau Jemengard von Buchwald zu Wolkesdorf, und machte davon Anzeige, daß die Lübecker Fischer zwei von ihren Bauern nach der Stadt geschleppt hätten, um ihnen das Leben zu nehmen.

Frau von Buchwald hatte keine Veranlassung, dem Berichte des Bauern zu misstrauen. Sie schickte daher sogleich Boten an die benachbarten Edelleute, die Herren von Duihow auf Bogdschagen, von Berkentin zu Dassow und Lüttenhof, von Schack und von Tarnewitz und ließ sie bitten, ihren Schimpf zu rächen.

Alle kamen eilig mit ihrer Mannschaft herbei und zogen gegen Lübeck. Als sie aber noch auf dem Marsche waren, kamen ihnen die beiden Bauern frohen Muthes entgegen und konnten gar nicht genug rühmen, wie reichlich sie in Lübeck mit Speise und Trank versorgt worden seien. Es läßt sich denken, daß die Ritter nicht wenig verdrießlich nach Hause zurückkehrten.

Doch sollte ihnen auf dem Rückwege etwas Anderes begegnen, was große Schwierigkeiten nach sich zog.

An demselben Tage nämlich ließen die Lübecker unter Aufsicht eines Rathsherrn und einiger anderer Männer in der Stepenitz fischen. Als diese davon Kunde erhielten, daß sich der benachbarte Adel in so großer Anzahl versammelt habe, glaubten sie, die Berkentiner wollten die Dassower Brücke besetzen und somit den Lübeckern den

Milchzug verlegen. Sie benachrichtigten daher in aller Eile den Rath. Derselbe sandte 4 reitende Diener aus, um Erkundigungen darüber einzuziehen, ob die Brücke wirklich besetzt sei. Die Lübecker Diener schlugen den nächsten Weg ein und ritten außerhalb des Weges durch das Korn. Als der Besitzer jener Feld-Mark, Klaus Berkentin, der gerade 3 seiner Bedienten bei sich hatte, die Lübecker deswegen zur Rede stellte, antworteten jene mit Hohn und Spott. Infolge dessen kam es zu einem Kampfe, in welchem Klaus Berkentin am Halse verwundet, einer der Lübecker aber getödtet wurde. Als die drei glücklich Entkommenen mit blutigen Köpfen nach Lübeck zurückkehrten, glaubte der Magistrat, daß die nach der Stepenitz geschickten Bürger und Fischer in der That in großer Gefahr schwebten, er sandte eine Botenschaft nach Travemünde, damit die dortigen Fischer mit ihren Booten zur Hülfe herbeikämen und die Lübecker sicher nach Hause brächten. Auch wurde die Lübecker Reiterei unter Führung des Voitho von Abtelews nach Dassow ausgeschildt. Mit diesen zog viel Gesindel aus Lübeds Thoren, das früher an das Ziel der Reise gelangte als die Reiterei und nach Herzens Lust raubte und plünderte, das Vieh wegstrieb und die Dörfer in Brand steckte. Nur mit Mühe gelang es Voitho von Abtelews, diese raubgierige Menge zur Stadt zurückzu bringen.

Natürlich glaubte jeder Einzelne aus diesem Gesindel, eine Heldenthat vollbracht zu haben, und wollte daher auch von den Bewohnern der Stadt gebührend beachtet werden. Ein feierlicher Einzug wurde gehalten und selbst bewußt einem römischen Triumphator gleich, schritt jeder Feld einher; die erlangte Beute wurde vorangetrieben, die Hühner auf Spieße gesteckt, damit jedermann auf den seltsamen Zug derer aufmerksam würde, die meinten, ihr Leben für die Rettung und den Ruf ihrer alten Heimstadt gewagt zu haben!

Als die Mecklenburger Herzöge in Köln Nachricht von diesen Streitigkeiten erhielten, beschwerte sich Herzog Heinrich dafelbst sehr über die Lübecker, welche den Landfrieden gebrochen hätten. Der Kaiser aber nahm sich des Herzogs an und erklärte auf seinen Bericht hin die Stadt Lübeck in die Reichsacht. Dies geschah Mitte des Jahres 1505.

Allein, die Lübecker sandten auf diesen Bescheid ihrerseits ebenfalls Bericht über die wahre Sachlage an den Kaiser und sprachen es deutlich aus, daß sie nichts in böser Absicht gethan, sondern Alles irrthümlicher Weise geschehen sei. Auf diese Botenschaft hin wurde der erste Urtheilspruch zurückgenommen und bestimmt, daß die Angelegenheit gerichtlich ausgemacht werden sollte.

Die jungen Mecklenburger Herzöge aber waren über alle diese Zwistigkeiten sehr aufgebracht. Der Herr von Berkentin zu Lüttenhof wußte die Bluth zu schüren. Die Streitigkeiten blieben nicht nach. Als eines Tages Lübecker Frachtwagen durch sein Gebiet kamen, hielt Klaus von Berkentin dieselben an. Der Herr von Duihow half ihm und der Bischof von Rügen, Johann von Berkentin, war ihr treuer Bundesgenosse.

Im Jahre 1506 wurde der Versuch einer gütlichen Beilegung der Sache gemacht. In Schönberg wurde eine „Tagfahrt“ gehalten. Hier klagte die einzelne Partei über die andere. Der Herr von Berkentin beschwerte sich über die Gewaltthätigkeit der Lübecker, die bei einem Ausfall auf seine Mutter geschossen und deren

Kleider dadurch angebrannt hätten. Die Lübecker führten Klage über die Ermordung des Rathsbieners und über Plünderung ihrer Frachtwagen auf öffentlicher Landstraße.

Ein Vergleich kam nicht zu Stande. Da nahmen sich der Herzog Magnus von Sachsen-Lauenburg und besonders die Stadt Lüneburg der Sache an und suchten in Wismar eine gütliche Vereinbarung zu erzielen. Es wäre auch vielleicht ohne große Schwierigkeit möglich gewesen, die obwaltenden Zwistigkeiten zu heben, wenn sich nicht plötzlich Dänemark aus Groll gegen Lübeck, das im Jahre 1505 im dänisch-schwedischen Kriege die Schweden unterstützt hatte, in's Mittel gelegt und versucht hätte, die Mecklenburger zum Kriege gegen Lübeck zu reizen. Die Königin Christine von Dänemark erschien selber. Sie gab vor, nach Sternberg zu wollen, um das dortige heilige Blut anzubeten, und zugleich ihre Tochter Elisabeth, die Gemahlin des Kurfürsten Joachim von Brandenburg, zu besuchen. Leider erreichte jene Königin es, daß auch der Versuch einer Einigung zu Wismar vergebens war.

So begann man denn zum Kriege zu rüsten. Der Bischof von Rügen hatte in jener Zeit ein Schloß Schönberg. Dieses räumte er den Mecklenburgern ein. Herzog Heinrich zog mit seinen Truppen heran und besetzte das Schloß. Bei der Brücke zu Dassow ließ er eine Schanze anlegen, so daß der Handel der Lübecker in jener Gegend sehr erschwert wurde.

Am 12. August 1506 rückten die Lübecker Truppen, 3000 Mann zu Fuß und 200 Reiter, aus, ließen sich bei Priwall über die Trave setzen und fielen in das Mecklenburger Gebiet ein. An diesem einen Tage brannten sie dreißig Dörfer und einige Höfe im Amte Grevesmühlen nieder.

Jetzt sahen sich die Mecklenburger Herzöge zu energischer Gegenwehr gezwungen. Die Landstände: Prälaten, Ritterschaft und Städte wurden aufgeboten, das Vaterland zu verteidigen. Eine alte Musterungsrolle aus jener Zeit giebt an, wie viel Kämpfer aus den Stiften, aus der Ritterschaft und den Städten zusammenkamen. Auch eilten der Kurfürst von Brandenburg und der Herzog von Braunschweig den Herzogen zu Hülfe. Am 24. August fielen sie bei Schlutup in das Lübecker Gebiet ein und brannten Wesselow nieder. Dann belagerten sie 4 Wochen lang die Stadt Bölln, ohne sie aber nehmen zu können. Nachdem noch einige auf Lübecker Gebiet liegende Dörfer geplündert waren, zogen auch diese bei Eintritt der kalten Jahreszeit wieder ab.

Nach abermaligen Verhandlungen folgte ein Waffenstillstand. Die Stadt Lüneburg suchte auch jetzt noch Alles daran zu setzen, einen gütlichen Vergleich zu erzielen. Endlich gelang es. Freilich war unter derartigen Verhandlungen schon das Jahr 1508 herbeigekommen, als der Vertrag geschlossen wurde.

Die Stadt Lübeck mußte an Mecklenburg 4000 Rheinische Gulden zahlen und an den Bischof von Rügen 1000 Gulden. Auch versprachen die Lübecker wie auch die Stadt Lüneburg, den Herzögen von Mecklenburg jährlich auf Weihnachten 500 Rheinische Gulden zahlen zu wollen, wenn sie ihre Städte Lübeck und Lüneburg auf 10 Jahre in Schutz nehmen würden.

So endet diese Grenzstreitigkeit zwischen Lübeck und Mecklenburg im Jahre 1508 mit einem Bündniß, das beide mit einander schließen.“

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

(21. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Ja — seinen Brief! Denn er war genau so sieberhaft aufgeregt vor Begierde, seinen Inhalt kennen zu lernen, als ob er das erste Liebeszeichen seiner Geliebten sei und an ihn selbst gerichtet. Glücklicherweise war er deutlich abgefaßt. Seine Sprache war so glühend, so poetisch ausgeschmückt und leidenschaftlich dahin strömend, wie die einer Liebenden an den Geliebten. Und Rudolf, der sonst so nüchterne, überlegte matter of fact man, setzte sich ohne weiteres an die Stelle der angeschwärmten Freundin und berauschte sich an der Sphärenmusik dieser eruffhaft überschwenglichen Mädchenschwüre, dieser holden Koselworte — und die „taufend heißen Küsse“, die Asta zum Schluß der Geliebten sandte, presste er schier in voller Anzahl dem Papiere wieder auf, das vor nun acht Jahren ihre Hand mit steigender Feder berührt hatte.

Selig wie der blondeste deutsche Mondscheinjüngling hockte dieser dreihunddreißigjährige Republikaner und Werkstattdirektor von Jefferson and Jenkins, Buffalo, über seinem Liebesbrief und las ihn immer wieder von vorn, bis er ihn nahezu auswendig wußte.

O du guter Gott! Was war das für ein Wirrsal von Gefühlen in ihm! Vor wenigen Stunden noch hatte er ein hinreißendes Geschöpf, das sich ihm freudig hingab, in den bebenden Armen gehalten, und dabei wußte er es doch nun so deutlich, daß nicht für sie diese tolle, blindwüthende Leidenschaft ihm Herz und Hirn verfangte, sondern für die Schreiberin dieses gestohlenen Briefes, die sein ernstes, ehrliches Liebeswerben schneide abgewiesen hatte!

O Liebe — dein Name ist süßer denn Honigseim und der Englein Lobgesang, aber dein Sinn ist — Unsinn!

Neuntes Kapitel.

In welchem es dem Major hinter seinem Rücken schlummert, der Lieutenant Bodo seine „Affäre“ mit Grazie aus der Welt schafft, und die Exzellenzstöchter auf dem sonderbarsten Umwege hinter das Geheimniß ihrer Mutter kommen.

Jedes Mädchen, und wäre es noch so sehr über die gewöhnlichen Schwächen des Geschlechtes erhaben, wird etwas wie Neid empfinden, wenn es eine jüngere Schwester vor sich selbst als glückliche Braut sieht. Die schöne Baroness Asta machte von dieser Regel um so weniger eine Ausnahme, weil ihr selbst erst vor kurzem ein gleiches Glück wie vom Himmel zu Füßen gefallen war — nur daß sie zu stolz gewesen, sich darnach ein wenig zu bücken! Und gegenwärtig schien ihr alle Hoffnung auf Erfüllung ihrer gerechten Forderung an das Schicksal in unendliche Ferne gerückt. Sie hatte es nach der Zurückweisung des Antrages ebenso machen wollen, wie Rudolf, das heißt sich möglichst rasch in jemand anders verlieben. Der Prinz Fähringen war ihr so in den Wurf gekommen. Wäre es ihm heute eingefallen, ihre Hand zu begehren, sie hätte sie ihm ohne Besinnen gereicht — nur um dem eigenmächtigen Amerikaner zu zeigen, daß sie nicht auf seinesgleichen angewiesen sei. Der Prinz, der sie von früher her oberflächlich kannte, hätte recht wohl die Gelegenheit ihres Besuches bei seiner Tante benutzen können, um etwas anzubahnen, aber er hatte kaum ein Duzend Worte an sie gewendet, und dies Duzend hatte sich obendrein ausschließlich mit Fräulein Grigori beschäftigt. Asta mußte sich wirklich sagen, daß sie auf den guten Prinzen keinesfalls einen überwältigenden Eindruck gemacht habe. Sie war ihm jedoch deswegen nicht im geringsten gram — vielmehr verbanden sich alle die Bächlein der Enttäuschung, des Aergers, der Herzensverlassenheit zu einem schwellenden Strome des Bornes gegen die Geliebte ihrer Pensionatsjahre. — Eifersucht? — Väterlich! Sie nahm ihr ja nichts fort. Was ging dieser Herr von Eckart sie noch an, was der Prinz Fähringen?

Wenn Asta auch wirklich eine Art wehmüthigen Neides beim Anblick von Trudis Glückseligkeit empfand, so ließ doch ihr Betragen nichts davon merken. Es war im Gegentheil rührend, zu sehen, wie sie die jüngere Schwester, die sie bisher doch immer etwas von oben herab angesehen hatte, mit einer gewissen bewundernden Zärtlichkeit umgab, sich ihren kleinsten Wünschen mit Eifer dienlich machte, wie fleißig sie mit Hand anlegte zur raschen Herstellung von Trudis bescheidener kleiner Aussteuer an Kleidern und Leibwäsche. Die Exzellenz Mama war sogar dahintergekommen, daß sie einige ihrer werthvollsten Schmuckgegenstände veräußert hatte, um das Material zu einem Hochzeitsgeschenk zu beschaffen, an welchem sie oft bis spät in die Nacht hinein arbeitete — denn die Hochzeit sollte, da durchaus kein Grund zum langen Warten war, schon Mitte Juni stattfinden. Auch ihren zukünftigen Schwager begann sie nun mit andern Augen anzusehen. Sie entdeckte, zu Trudis heller Freude, täglich neue vorzügliche Eigenschaften an ihm, hörte ihm mit Vergnügen zu und veranlaßte ihn selbst, eine angefangene Erörterung bis zu Ende zu führen, sie auf den Grund der Dinge blicken zu lassen, während sie bisher recht sehr von jener vornehm, geistreich thüenden Sprunghaftigkeit angekränkt war, die ernstern Menschen so leicht unausstehlich wird.

Auch auf Frau von Verjen übte die Freude über Trudis Verlobung einen sehr wohlthuenden Einfluß aus. Sie erkannte jetzt, auch ohne daß Trudi es ihr eingestanden hätte, wie liebenswürdig das Mädchen mit seiner Kindlichkeit Romödie gespielt hatte; denn die junge Braut bewies täglich durch die Art, wie sie von ihrem zukünftigen Haushalte sprach, wie sie mit der Mama rechnete und überlegte, um die Mittel, welche sie zu erwarten hatte, den Lebensgewohnheiten ihres Hans und ihren eigenen bescheidenen Bedürfnissen anzupassen, daß sie durchaus nicht kindisch in den Tag hineingeht, sondern von jeder mit sehr klaren Augen um sich geschaut und sich an den Erfahrungen ihrer neuen be-

